

# 1 **Resolution R1**

## 2 **Thema: Gleichstellung und Frauenwahlrecht**

3 **Antragsteller:** SGK-Landesvorstand

4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

### 5 **100 Jahre Frauenwahlrecht – Noch viele Fragen offen**

6 Seit der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechtes mit dem Reichswahlgesetz  
7 im Jahr 1918 sind 100 Jahre vergangen. Am 19. Februar 1919 sprach die Genossin Marie  
8 Juchacz als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung:

9 *"Meine Herren und Damen. Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und*  
10 *Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf. Und ich möchte hier feststellen und zwar*  
11 *ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die Vorurteile*  
12 *überwunden hat. Ich möchte feststellen (...), dass wir deutschen Frauen dieser Regierung*  
13 *nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan*  
14 *hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu*  
15 *Unrecht vorenthalten worden ist."*

16 Einige Erfolge konnten seitdem in der Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden. Doch  
17 in vielen Punkten ist die Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung, wie sie schon Marie  
18 Juchacz forderte, immer noch nicht in den Köpfen und der Gesellschaft angekommen.

### 19 **Wir fordern deshalb nachdrücklich:**

- 20 1. Analyse: Tätigkeiten müssen gestaffelt nach Einflussbereichen im öffentlichen Dienst  
21 dargestellt werden, damit deutlich wird, dass die Repräsentanz von Frauen in der öf-  
22 fentlichen Verwaltung gesteigert und gestärkt werden muss.
- 23 2. Frauenförderung im kommunalpolitischen Ehren- und Hauptamt: Wir brauchen eine  
24 Verstärkung der Angebote zur Unterstützung von weiblichen Nachwuchskräften in  
25 der Kommunalpolitik, sowohl in der ehrenamtlichen Tätigkeit als auch im Hauptamt.  
26 Angebote wie Mentoring-Programme oder gezielte Führungskräfte-seminare für  
27 Frauen müssen, mit Unterstützung der Gleichstellungsstellen in den Kommunen,  
28 ausgebaut werden.
- 29 3. Vereinbarkeit von Mandat, Beruf und Familie: Auch Menschen mit geringerem zeitli-  
30 chem Budget müssen die Chance bekommen zu partizipieren. Hierbei werden mo-  
31 derne, auf Familien ausgerichtete Arbeitszeitmodelle und die voranschreitende Digi-  
32 talisierung ein hilfreicher Faktor sein.

### 33 **Begründung:**

34 Die geschlechterunabhängige Chancengleichheit ist ein maßgeblicher Faktor für eine zu-  
35 kunftsfähige Gesellschaft. Wenn wir weiterhin die Ungleichbehandlung von Frauen akzeptie-  
36 ren, gehen Potentiale verloren und Ressourcen bleiben ungenutzt.

37 Dem öffentlichen Sektor muss hierbei eine Vorbildfunktion zukommen. Aktuell kann aber  
38 gerade in der öffentlichen Verwaltung nicht von einer geschlechterspezifisch ausgeglichenen  
39 Struktur gesprochen werden. Je höher die Einflussebene, desto geringer der Frauenanteil.  
40 Diese Gleichung macht deutlich, wie wichtig es ist nachzusteuern und mit entsprechenden  
41 Anreizen dafür zu sorgen, dass insbesondere Frauen darin motiviert, unterstützt und geför-  
42 dert werden, verantwortungsvolle Tätigkeiten wahrzunehmen.

43 Aber auch an den entscheidungsbildenden Stellen in den Räten und Kreistagen, sind Frauen  
44 immer noch unterrepräsentiert. Der durchschnittliche Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen  
45 auf kommunaler Ebene liegt bei ca. 25 %, obwohl ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung 50 %  
46 ausmacht. Grundsätzlich kann festgestellt werden: je kleiner die Gemeinde, desto geringer  
47 der Frauenanteil im Rat.

48 Auch die selbstverordnete Geschlechterquote der SPD hat diese Situation noch nicht nach-  
49 haltig verändern können. Um über die SPD hinaus eine paritätische Aufteilung sicherzustel-  
50 len und die Zahl der Frauen in den Gremien zu erhöhen, ist es notwendig, die kommunalpoli-  
51 tische Arbeit von Frauen aktiver zu fördern als bisher. Es muss deutlich werden, dass es at-  
52 traktiv ist sich politisch für die Gesellschaft zu engagieren und die eigenen Ideen und Ziele  
53 vor Ort einzubringen. Die Heranführung kann beispielsweise über Mentoring-Programme  
54 oder gezielte Führungskräfte-seminare für Frauen erfolgen.

55 Die Realität ist bis heute: Meist sind es immer noch Frauen, die sich um die Pflege und Für-  
56 sorge ihrer Familien kümmern. Ein ehrenamtliches Mandat muss daher vielfach nicht nur mit  
57 der regulären Erwerbstätigkeit, sondern auch mit Familienpflichten vereinbart werden. Auf-  
58 grund dieser Verantwortung in der Familie, ist es schwieriger, kommunalpolitisch tätig zu  
59 sein und gleichzeitig Energie und Zeit zu investieren, um dort möglicherweise in eine Füh-  
60 rungsposition aufzusteigen. Deshalb muss eine zeitgemäße Ausgestaltung der kommunalpo-  
61 litischen Partizipationsstrukturen entwickelt werden. Hierbei können moderne Arbeitszeit-  
62 modelle und auch die fortschreitende Digitalisierung eine Brücke schlagen.

63 Die SPD war die erste Partei, die schon 1891 die Forderung nach einem Frauenwahlrecht in  
64 ihrem Programm verankert hat. Diese historische Verantwortung muss wahrgenommen und  
65 es muss Sorge dafür getragen werden, dass es nicht weitere 100 Jahren dauert, bis die glei-  
66 che Bezahlung der Geschlechter, die Parität in den Gremien und die Arbeit von Frauen in  
67 Führungspositionen genauso selbstverständlich ist, wie das vor 100 Jahren verabschiedete  
68 Wahlrecht für alle.